



*Schritt*macher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten *Februar 2019*

2019 HAT BEGONNEN – EIN GUTES JAHR FÜR DAS GESUND- HEITSWESEN?

🐻 **Das neue Jahr bringt viele Änderungen, doch was bedeuten sie für die Beschäftigten?**

Einwanderungsgesetz beschlossen

Nach Meinung der Bundesregierung gehen uns die Fachkräfte aus, insbesondere im Gesundheitswesen, daher hat sie das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen. Was ist dran? Zuerst muss man feststellen, dass immer noch drei Millionen Menschen erwerblos sind und es findet sich kein Wort über die abschreckenden Arbeitsbedingungen und Belastungen im Gesundheitswesen.

Mit dem neuen Gesetz will man dem nicht gedeckten Fachkräftebedarf also nicht mit der Bekämpfung der Ursachen begegnen, sondern setzt

darauf, dass ausländische Arbeitskräfte auch für Niedriglöhne unter schweren Bedingungen arbeiten, denn Schutzvorschriften wie Tariflohn usw. gibt es nicht. Also ein Gesetz für die Unternehmer – und nicht für die Beschäftigten im Gesundheitswesen, weder für die hier schon Beschäftigten noch für neue ausländische Kolleginnen und Kollegen. Dagegen gilt es gemeinsam zu kämpfen.

Personalstärkungsgesetz

Am 1. Januar ist das Pflegepersonalstärkungsgesetz (PPSG) in Kraft getreten. Schwerpunkt sind »Spezialisierung« und »Telemedizin«. Übersetzt bedeutet das, dass die Konzentrationsprozesse im Gesundheitswesen

➔ **Fortsetzung auf Seite 2**

PFLEGENOTSTAND IN BERLIN IST AKUT MIT 3000 FEHLENDEN STELLEN – VOLKSENTSCHEID IN DER WARTESCHLEIFE

Über 48.000 BerlinerInnen haben den Volksentscheid für Gesunde Krankenhäuser – im Januar 2018 vom Berliner Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus gestartet – unterschrieben.

Im Oktober und Dezember gab es zwar daraufhin zwei Gespräche zwischen VertreterInnen des Volksentscheids und der Gesundheitsssenatorin Dilek Kolat, doch der Senat setzt anscheinend auf hinhalten: Man sympathisiere mit dem Ziel des Volksentscheides, habe aber Zweifel an der Regelungskompetenz des Landes Berlin und müsse dies zuerst noch prüfen. Doch gerade diesen Punkt hatte das Berliner Bündnis vorab intensiv anwaltlich prüfen lassen mit dem Ergebnis, dass das Land Berlin dies durchaus regeln könnte – politischer Willen vorausgesetzt.

Das Berliner Bündnis fordert auf, weiter Druck für bessere Pflegebedingungen und mehr Personal zu machen. Dieser Druck wird auch bitter nötig sein, wenn sich in Berlins Krankenhäusern etwas verbessern soll – das Engagement eines jedem Bürgers ist hier gefragt.



TARIFABSCHLUSS DB AG MEHR ENTLASTUNG DURCH ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Mit einem in seiner Wirkung gewaltigen Warnstreik in der Vorweihnachtszeit hat die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) einen Tarifvertrag durchgesetzt, der nicht nur auf mehr Lohn, sondern auch in Richtung Arbeitszeitverkürzung und Verbesserung von Arbeitsbedingungen zielt. Erreicht wurden 1000 Euro Einmalzahlung, 3,5 Prozent lineare Erhöhung im Juli 2019 und 2,6 Prozent im Juli 2020 einschließlich eines Wahlmodells: Die Gestaltung des Arbeitslebens ist ein zentrales Anliegen, dass die EVG-Mitglieder in der Diskussion um die Aufstellung der Tarifforderungen deutlich gemacht haben. In Verbindung mit den letzten Abschlüssen wählt ein Mitarbeiter die Form der Auszahlung der Löhne, die Wochenarbeitszeit oder ob man bis zu 42 Tagen Urlaub im Jahr hat. Dazu sind für Azubis 120 Euro Erhöhungen der Vergütungen, Erhöhungen des Mietkostenzuschusses und eine deutliche Anhebung des Urlaubes vereinbart worden. Im Weiteren wurden über 30 Detailverbesserungen beschlossen. Die DB AG hat durch die Rationalisierungspolitik der Vergangenheit seit der so genannten Bahnreform zu kämpfen und muss ihre Einstellungszahlen für mehr Personal deutlich erhöhen. Für die Beschäftigten bedeutet der Abschluss eine Entlastung und ist die notwendige Reaktion auf die Arbeitsintensivierung.

SOLANGE GROSSKONZERNE UND FINANZINVESTOREN DAS GESUNDHEITSWESEN ALS HOCHPROFITABLES ANLAGEFELD NUTZEN DÜRFEN, WIRD SICH NICHTS GRUNDLEGENDES ÄNDERN.

» Fortsetzung von Seite 1

weiter gehen sollen. Das PPSG sieht aber explizit »Sofortmaßnahmen für spürbare Entlastungen der pflegerischen Versorgung in der Kranken- und Altenpflege« vor. Erreicht werden solle das durch eine »bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen«. Jede Pflegekraft, die »am Bett ankommt«, soll zu 90% von der gesetzlichen Krankenversicherung mit 640 Millionen Euro finanziert werden, den Rest teilen sich die PKV und die öffentliche Hand. Kein Eigenanteil mehr für die Häuser – wird nun alles gut? Nun, echte flächendeckende Entlastung kann es nur geben, wenn den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen Personalvorgaben von der Politik gemacht würden, die sich am Bedarf orientierten. Aber genau hier läßt das Pflegepersonalstärkungsgesetz Klarheit vermissen.

Ob das der große Wurf ist, darf bezweifelt werden. Solange Konzerne und Finanzinvestoren das Gesundheitswesen als hochprofitables Anlagefeld nutzen dürfen, wird sich nichts Grundlegendes ändern. Gesundheit gehört in öffentliche Hände.

Auszubildende erhalten erstmals Vergütung

Beschäftigte und ihre Gewerkschaft können erfolgreich sein, wenn man sich auf die eigene Kraft verläßt. Tausende Auszubildende an Krankenhäusern der Bundesrepublik bekommen vom 1. Januar 2019 an erstmals eine Vergütung: 965 Euro im ersten Ausbildungsjahr, 1.025 im zweiten Jahr und 1.122 im dritten Jahr. Ver.di hat dies mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

(VKA) tarifvertraglich ausgehandelt. Betroffen sind rund 1.800 Azubis an Universitätskliniken und 1.700 an den kommunalen Krankenhäusern. Es handelt sich um Diätassistentinnen und -assistenten, Ergotherapeutinnen und -therapeuten, Logopädinnen und Logopäden, medizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten sowie Orthoptisten.

Ein wichtiger Beitrag, diese Berufe attraktiver zu machen.



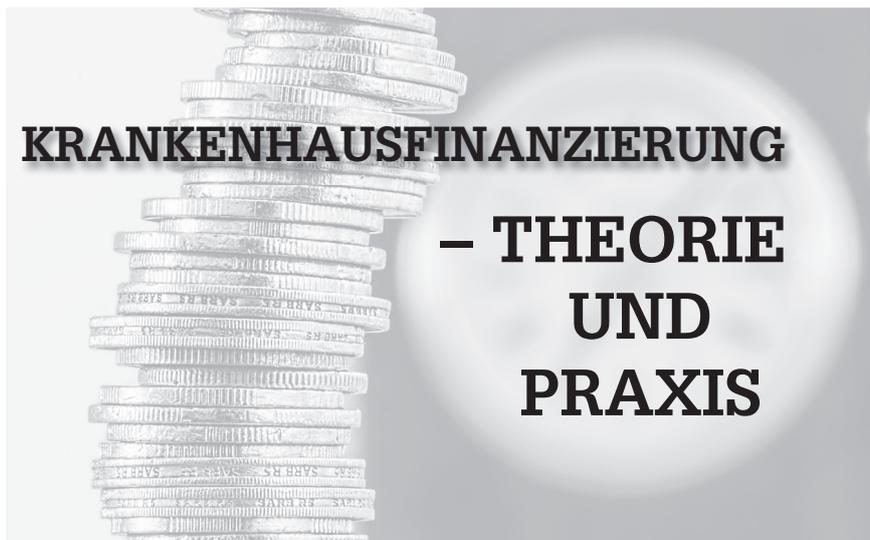
AUFRUF AN DIE SCHRITTMACHER- LESERSCHAFT

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der alle 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



Seit 1972 gibt es in der BRD das Krankenhausfinanzierungsgesetz. Darin ist festgelegt, dass die Bundesländer die Investitionskosten der Krankenhäuser (Bau, Geräte) tragen während die Krankenkassen die laufenden Betriebskosten (z.B. Personal, Instandhaltung) finanzieren. Das wird duale KH-Finanzierung genannt.

Seit der Wende 1991 ging die Investitionskostenfinanzierung in allen Bundesländern zurück, mit am stärksten in Berlin (80,2 %). Die Investitionsquote für Krankenhäuser, gemessen an den bereinigten Kosten, sank von 9,7% (1991) auf 3,3% (2015); die Länder kamen also nicht mehr ihren gesetzlichen Verpflichtungen nach. Zudem wurde mit der Einführung der Fallpauschalen (DRG) die kapitalistisch-ökonomische Konkurrenz und Gewinnerorientierung der Krankenhäuser befördert mit der Tendenz zur Privatisierung. Die Folge war und ist bis heute: „Im KH-Bereich haben wir in den letzten 15 Jahren die Situation gehabt, dass 30% des Pflegepersonals eingespart worden ist...“ (Berlins Gesundheitsministerin D. Kolat). Und: „Seit der Einführung der Fallpauschalen 2009 mussten die KHen eine Finanzierungslücke in einer Größenordnung von 3,8 Milliarden € durch Einsparungen meist beim Personal schließen.“ (Dr. W. Albers, Vorsitzender des Berliner Gesundheitsausschusses). D.h., die KHen haben Gelder der Krankenkassen für die Betriebskosten „umgewidmet“, also gesetzwidrig missbraucht für

Investitionskosten – verursacht durch die Kürzungen der Länder auf Kosten des Pflegepersonals.

Genau dagegen richtet sich der Gesetzentwurf im Volksentscheid für gesunde Krankenhäuser des Berliner Bündnisses für mehr Personal im KH, der mit fast 50 000 Unterschriften eine breite Zustimmung in Berlin gefunden hat (Juni 2018). Der daraus sich ergebende Mehrbedarf für die Kliniken Charité und Vivantes (Träger ist der Senat) beträgt geschätzt 85 Millionen €. Nun hört man vonseiten des Senats, dass dafür keine Gelder da seien. Dagegen sagen wir:

- 1.) Wenn der Senat seinen Investitionsverpflichtungen nachkäme, würden die Mittel zur Personalaufstockung frei.**
- 2.) Wenn Milliarden für den BER-Flughafen und für andere Großprojekte ausgegeben werden, ist es eine rein politische Interessenfrage der Prioritätensetzung.**
- 3.) Letztlich ist es eine Systemfrage: Warum sind Milliardensummen da für Militär und Bankenrettung?**
- 4.) Das Argument, es sei kein Geld da, ist eine Verarschung.**

Beschäftigte und Bürger müssen hier weiter gemeinsam kämpfen. Pflege-notstand ist ein anderes Wort für Profitmaximierung im Gesundheitswesen.



OLYMPISCHER BRIEF AN DIE GESUNDHEITSMINISTERINNEN FÜR ECHTE PERSONALBEMESSUNG

Krankenhausbeschäftigte, PatientInnen und Angehörige haben sich in über 20 Bündnissen aus verschiedenen Teilen Deutschlands für mehr Personal im Krankenhaus zusammengetan. Gemeinsam richten sie ihre Wut über die gegenwärtigen Zustände in den Krankenhäusern und ihre Forderungen nach einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung in einem Brief an die 92. Gesundheitsministerkonferenz, die am 5. und 6. Juni 2019 in Leipzig stattfindet. Dieser Olympische Brief ist als 40 Meter lange Schriftrolle konzipiert und wird fünf Monate lang wie das Olympische Feuer von Stadt zu Stadt weitergegeben. So werden die Forderungen nach einer echten, am Bedarf orientierten Personalbemessung, nach guten Arbeitsbedingungen, bedarfsgerechter Versorgung sowie nach einer nachhaltigen Investitionsförderung der Krankenhäuser durch die Bundesländer und die Forderung, die Fallpauschalen als Abrechnungssystem abzuschaffen durch Deutschland und seine Krankenhäuser getragen und von vielen Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet unterschrieben werden. Am 1. Februar kommt der Olympische Brief für eine Woche nach Berlin und reist durch verschiedene Berliner Krankenhäuser. Unterschreibt, wenn Ihr Gelegenheit dazu habt - für gute Arbeitsbedingungen und gute und sichere Versorgung im Krankenhaus.



**8. MÄRZ
- INTERNATIONALER
FRAUENTAG**

Der Internationale Frauentag hat eine lange Tradition und ist auch heute noch aktueller denn je:

Ohne die Ausbeutung der Frau, z.B. in Niedriglohnjobs oder der Sorgearbeit, wäre der Kapitalismus in seiner jetzigen Form nicht aufrecht zu erhalten.

Unbezahlte Reproduktionsarbeit ist nach wie vor mehrheitlich Frauensache, ebenso wie die (unter-)bezahlte Sorgearbeit, die, weitgehend privatisiert, einen gewaltigen Geschäftsbereich ausmacht. Fehlende Kindergartenplätze und Betreuungseinrichtungen machen es Frauen schwer, berufstätig zu bleiben.

Und wenn Frauen es trotz allem schaffen, berufstätig zu sein, sind sie in der Bundesrepublik immer noch mit einer Lohnlücke von rund 22% konfrontiert. Gerade in der Pflege ist dies zu spüren. Alles genug Grund, etwas zu ändern. Die DKP Berlin lädt herzlich zu ihrer Frauentagsveranstaltung ein. Aktuelle Infos auf

www.dkp-berlin.info



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



**DKP KANDIDIERT FÜR
DAS EU – PARLAMENT:
EINE KANDIDATUR FÜR
DEN FRIEDEN**

Die DKP war im vergangenen Jahr viel auf der Straße – für den Frieden und gegen die wachsende Gefahr eines großen Krieges, bei dem atomare Schläge wieder mitgedacht werden. Sie hat die Kampagne der Friedensbewegung „abrüsten statt aufrüsten“ unterstützt und neben der Frage des Geldes, das in die Rüstung anstatt in Bildung und Gesundheit fließt, vor allem die gefährliche Aggression gegen China und Russland thematisiert. Nun hat die DKP ihre Kandidatur zu den EU-Wahlen im Mai abgesichert.

Ein Gegensatz? Nein, die Kandidatur der DKP zur EU-Wahl ist eine Kandidatur für den Frieden. Dadurch ist sie auch nötig und – leider – einzigartig. Den Friedenskräften in der Partei Die Linke war es zuletzt auf einem Parteitag nicht mehr möglich, die simple Forderung „Frieden mit Russland!“ durchzusetzen. Die EU ist auf das Engste mit dem Kriegsbandnis NATO verbunden. Mit Sanktionen gegen Syrien und Aufrüstung gegen Russland steht sie fest an der Seite der USA. Mit dem Militärbündnis PESCO wird innerhalb der EU die Aufrüstung vorangetrieben. Die führenden EU-Länder Deutschland und Frankreich drängen auf die Bildung einer EU-Armee. Damit verbunden wäre nicht zuletzt die Aushebelung der nationalen Parlamente bei der

Zustimmung zu Auslandseinsätzen. Kurz: die EU steht für Krieg und für Aggression gegen Russland.

Eine Kandidatur gegen die EU

Im Gegensatz zu großen Teilen der Linkspartei geht die DKP nicht davon aus, dass die EU irgendwie friedlicher und sozialer zu gestalten ist – was nicht heißt, dass in Europa keine Verbesserungen durch Reformkämpfe durchzusetzen wären! Die „Europäische Einigung“ begann als Bollwerk gegen den Sozialismus; Spätestens seit dem NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 unter deutscher Beteiligung ist die EU vor allem ein Instrument des wiedererstarkten und dominanten deutschen Imperialismus zur Sicherung seiner Interessen. Aus Sicht der DKP muss die EU überwunden werden. Ein Schritt dahin wäre der Austritt aus der EU. Das britische Referendum und der bevorstehende Brexit zeigen, dass dies kein Hirngespinnst ist. Nicht nur in Großbritannien gibt es eine starke Bewegung gegen die Macht der Banken und Konzerne. Wir erleben Massenproteste zum Beispiel in Griechenland und die Formierung neuer Bewegungen wie aktuell der Gelbwesten in Frankreich. Mit ihrer Kandidatur will die DKP einen Beitrag leisten, auch in diesem Land den Widerstand gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau zu stärken.